

Parlamentarischer Abend von dbb und Richterverband Schleswig-Holstein in Kiel

Gewalt in der Gesellschaft – kontroverse Diskussion über ein anhaltend aktuelles Problemfeld

Anfang Oktober hatte der Deutsche Beamtenbund Schleswig-Holstein (ddb) zusammen mit dem Richterverband zum Parlamentarischen Abend in das Hotel „Kieler Yachtclub“ geladen.

Der Einladung von dbb-Landesbundvorsitzender Anke Schwit-

Thema Flüchtlingskrise dominiert und polarisiert

In den Eingangsreferaten von Pfeiffer und Wendt offenbarten sich dann in einigen Bereichen unterschiedliche Auffassungen und Rückschlüsse. Der Kriminologe resümierte in seinem Vortrag anhand von Zah-

zebeamte bei Einsätzen in der Familie. Einen allgemeinen Anstieg von Gewalt gegen Polizeibeamte habe es hingegen nicht gegeben, so Prof. Dr. Pfeiffer.

Zur Frage eines derzeit befürchteten Anstiegs der Kriminalität durch Flüchtlinge in Deutschland äußerte der Kriminologe:

sei. Insbesondere wegen einer professionell arbeitenden, rechtsstaatlichen und demokratischen Polizei, die hohe Anerkennung verdiene, sei das so. Wendt weiter: „Die Angst vor Kriminalität ist in Deutschland größer als die objektive Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden“. Gleichwohl äußerte der DPoIG-Bundesvorsitzende erhebliche Zweifel an der Aussagekraft der Zahlen von Pfeiffer sowie auch dessen Rückschlüsse daraus. Der polizeiliche Alltag spreche eine andere Sprache. Nach Aussagen von Wendt sei vielmehr eine rapide sinkende Akzeptanz staatlicher Autorität zu verzeichnen, was zu einem klaren Anstieg von Gewaltdelikten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes führe. Ein Phänomen, was nicht nur Polizeibeamte sondern beispielsweise auch Lehrer, Finanz- und kommunale Beamte betreffe. Der Polizeigewerkschafter brandmarkte dabei besonders, dass durch jahrelange falsche politische Entscheidungen ein sogenannter „schlanker Staat“ entstanden sei, der in Teilen der Bevölkerung massiv an Ansehen verloren hätte oder gar offen verachtet werde. Wendt: „Der Begriff Beamter gilt mittlerweile geradezu als Schimpfwort“.



Normmensen (2)

► Professor Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Wilfried Kellermann, Anke Schwitzer, Rainer Wendt (von links)

zer und dem Vorsitzenden des Richterverbandes Schleswig-Holstein, Dr. Wilfried Kellermann, waren zahlreiche Gäste aus Politik, Justiz und Polizei gefolgt. Als Experten zum Thema „Gewalt in der Gesellschaft“ waren der international renommierte Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer (ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen – KFN) sowie der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt geladen.

len und Grafiken zur Entwicklung der Gewaltkriminalität im Zeitraum von 1995 bis 2014, dass diese nach seinen Recherchen in fast allen Bereichen rückläufig und in Teilen sogar stark rückläufig sei. Besonders bei Tötungsdelikten (auch unter Einsatz von Schusswaffen) und Gewaltdelikten durch Jugendliche sowie auch in der Familie sei ein klarer Rückgang in der Kriminalstatistik zu verzeichnen. Steigend seien einzig die Gewaltdelikte gegen Poli-

„Unsere Erfahrungen aus den 90er-Jahren zeigen, dass wir uns nicht so große Sorgen machen müssen, wie es manche Berichterstattung vermuten lässt“.

Wendt: Zweifel an Aussagekraft der Kriminalstatistik und Rückschlüssen daraus

Rainer Wendt entgegnete, dass Deutschland das sicherste und daher auch bei Flüchtlingen beliebteste Land der Welt

Staatliches Gewaltmonopol durch „schlanken Staat“ und sinkende Akzeptanz in Gefahr

Bei einem Staat, dessen Autorität sinkt und der an den Rand der Handlungsunfähigkeit gekommen ist, drohe zudem das staatliche Gewaltmonopol zu bröckeln.

In Bezug auf die Kriminalität durch Flüchtlinge ergänzte der

Bundesvorsitzende, dass die Straftaten in und aus den Unterkünften heraus nicht die gelegentlich von Politikern behaupteten Einzelfälle seien. Es gäbe mittlerweile fast täglich schwere Gewaltdelikte in den Flüchtlingsunterkünften, wo teils mit Knüppeln oder gar Waffen ausgestattete Asylbewerber aufeinander losgehen. Jedenfalls sind es keineswegs nur Rempelen an der Essensausgabe. Wenn Innenminister vereinzelt etwas anderes behaupten, sei ihnen die Lektüre der eigenen polizeilichen Lage-meldungen zu empfehlen.

■ **Wendt: „Es gibt bei der Kriminalität durch Flüchtlinge nichts zu verharmlosen aber auch nichts zu dramatisieren“**

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Abgeordneten aller im Kieler Landtag vertre-



> Fragen an Rainer Wendt und Professor Pfeiffer vom Moderator des Abends, Gerrit Derkowski

tenden Parteien (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, PIRATEN und SSW) sowie des Leiters der Polizeiabteilung im Innenministerium entwickelten sich interessante und kont-

roverse Gespräche. Scharfe Kritik übte der DPoIG-Vorsitzende an Plänen einzelner Bundesländer, trotz Flüchtlingskrise am Personalabbau festzuhalten. Auch der Rückzug der Polizei

von mancher Kernaufgabe, bedingt durch die personelle Belastung im Rahmen der Flüchtlingskrise, wurde von ihm gerügt. Verkehrsüberwachung ist keine Folkloreveranstaltung der Polizei, so Wendt wörtlich. Vielmehr seien Verkehrsüberwachung und Prävention unverzichtbare Maßnahmen zur Verhinderung von Unfalltoten und Straftaten.

Einigkeit bestand schlussendlich nicht nur zwischen Pfeiffer und Wendt, sondern auch unter allen anwesenden Politikern, dass die Einbruchskriminalität in Deutschland zu hoch und die diesbezügliche Aufklärungsquote viel zu niedrig seien. Und einen Einbruch in den eigenen Wohnraum empfänden viele Geschädigte zu Recht ebenfalls als Gewalt gegen sich.

*Thomas Nommensen,
Landesredakteur
Schleswig-Holstein*

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienstanwärter.



Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.

